



1. Juli 2019

Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister)

Bericht über das Ergebnis des
Vernehmlassungsverfahrens

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines	4
2	Verzeichnis der eingegangenen Stellungnahmen	4
3	Gegenstand der Vernehmlassung (Vorentwurf).....	4
4	Allgemeine Bemerkungen zum Vorentwurf	4
4.1	Annahme des Vorentwurfs.....	4
4.2	Forderung nach Überarbeitung oder Aufschieb der Revision (siehe Ziff. 6.5 Binäre Geschlechterordnung, Eintrag im Personenstandsregister, dritte Geschlechtskategorie)	6
5	Kommentare zu den verschiedenen Vorschlägen	6
5.1	Einreihung der Regelung; allgemeine redaktionelle Anmerkungen	6
5.2	Neuer Artikel 30b des Zivilgesetzbuchs	6
5.2.1	Randtitel und Wortlaut	6
5.2.2	Absatz 1	6
5.2.3	Absatz 2	9
5.2.4	Absatz 3	9
5.2.5	Absatz 4	10
5.3	Neuer Artikel 40a des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht.....	11
5.3.1	Randtitel	11
5.3.2	Wortlaut.....	11
6	Weitere Vorschläge (siehe ebenfalls Ziff. 5.1)	11
6.1	Evaluation der Regelung (siehe Ziff. 5.2.2)	11
6.2	Umfassende Betrachtung der Situation der Transmenschen	12
6.3	Revision des Sterilisationsgesetzes (SR 211.111.1)	12
6.4	Abkehr von der Begutachtung von Transmenschen.....	12
6.5	Binäre Geschlechtsordnung, Eintrag im Personenstandsregister, dritte Geschlechtskategorie (siehe ebenfalls Ziff. 4.2 Forderung nach Überarbeitung oder Aufschieb der Revision).....	12
6.6	Ausdrückliches Verbot chirurgischer Eingriffe an Kindern mit einer Variante der Geschlechtsentwicklung.....	13
6.7	Frist für die Anzeige des Geschlechts von Neugeborenen beim Zivilstandsamt.....	13
6.8	Verbot der Offenbarung der Geschlechtsänderung an Dritte.....	13
6.9	Registerharmonisierung, Geschlechtsmarker und eindeutiger Identifikator	14
6.10	Erhobene Gebühren	14
6.11	Anzahl der Transmenschen	14
6.12	Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare.....	14
6.13	Information und Unterstützung der betroffenen Personen	15
7	Einsichtnahme.....	15
	Anhang / Annexe / Allegato.....	16

Zusammenfassung

Das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister) wurde vom 23. Mai bis zum 30. September 2018 durchgeführt. Die Kantone, die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien, die gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete, die gesamtschweizerischen Dachverbände der Wirtschaft sowie die weiteren interessierten Organisationen wurden eingeladen, zu einer Änderung des Zivilgesetzbuchs (Art. 30b) und des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Art. 40a) Stellung zu nehmen.

Mit der Revision soll die Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister vereinfacht werden. Anstelle der heutigen Verfahren (Klage vor Gericht oder formelle Berichtigung) soll eine Erklärung gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten ohne vorgängige medizinische Eingriffe oder andere Vorbedingungen genügen.

Mit Ausnahme der SVP, der EDU und dreier Organisationen wurde die vorgeschlagene Revision von sämtlichen Vernehmlassungsteilnehmern begrüsst. Sie erachten es für notwendig, die Geschlechtsänderung im Personenstandsregister zu vereinfachen.

In Bezug auf die zuständige Verwaltungsbehörde gehen die Meinungen allerdings auseinander.

Die FDP, die CVP und die BDP unterstützen die Ablösung der heutigen Verfahren durch eine Erklärung gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten. Die SP, die GPS, die JGS und UP teilen diese Ansicht und schlagen überdies vor, mit der Revision den Grundsatz der Selbstbestimmung der betroffenen Personen noch zu stärken, indem kein Kontrollmechanismus durch die Zivilstandsbeamtin oder den Zivilstandsbeamten verankert werden soll. Das Verfahren der Erklärung beim Zivilstandsamt wird auch von der überwiegenden Mehrheit der Organisationen gutgeheissen, insbesondere von den Vereinigungen, welche die LGBTI-Personen (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle) vertreten. Dasselbe gilt für den betroffenen Fachverband (Schweizerischer Verband für das Zivilstandswesen).

Was die Kantone anbelangt, fallen die Meinungen unterschiedlich aus. Sechs (6) Kantone unterstützen den Vorschlag des Vorentwurfs, währendem sich viele von ihnen auf die Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) berufen und wünschen, dass nicht die Zivilstandsbeamtinnen und -beamten mit dem Verfahren betraut werden, sondern – ähnlich wie im bestehenden Verfahren zur Namensänderung – die kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen.

Einige Kantone (4) und Parteien (4) sowie mehreren Organisationen sind der Ansicht, dass urteilsfähige Minderjährige eine Erklärung über die Änderung ihres Geschlechts gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten abgeben können sollten, ohne die Zustimmung der gesetzlichen Vertreterin oder des gesetzlichen Vertreters einholen zu müssen.

Einige Teilnehmer wünschen, die Änderung des Vornamens und des Familiennamens liberaler zu regeln, so dass jede Person, unabhängig von einer Geschlechtsänderung, davon profitieren kann.

1 Allgemeines

Das Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf über eine Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister) dauerte vom 23. Mai bis 30. September 2018. Zur Teilnahme eingeladen wurden die Kantone, die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien, die gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete und der Wirtschaft sowie weitere interessierte Organisationen.

Stellung genommen haben alle Kantone, 11 politische Parteien und 65 Organisationen sowie weitere Teilnehmer. Insgesamt gingen damit 102 Stellungnahmen ein. 4 Organisationen¹ haben ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet.

2 Verzeichnis der eingegangenen Stellungnahmen

Eine Liste der Kantone, Parteien, Organisationen und Personen, die an der Vernehmlassung teilgenommen haben, findet sich im Anhang.

3 Gegenstand der Vernehmlassung (Vorentwurf)

Gegenstand der Vernehmlassung war eine vom Bundesrat beantragte Änderung des Zivilgesetzbuchs und des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht.

Die vorgeschlagenen neuen Bestimmungen und dazu eingegangenen Stellungnahmen werden nachstehend (siehe unter Ziff. 5.2 und 5.3) im Einzelnen dargestellt.

Die Revision zielt darauf ab, die Geschlechtsänderung im Personenstandsregister und gleichzeitig die Vornamensänderung von Transmenschen und Menschen mit einer Variante der Geschlechtsentwicklung zu vereinfachen. Anstelle der heutigen Verfahren sollen sie dafür ohne vorgängige medizinische Eingriffe oder andere Vorbedingungen eine Erklärung gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten abgeben können.

Die Vernehmlassungsunterlagen können auf der Website der Bundeskanzlei abgerufen werden (<https://www.admin.ch/gov/de/start/bundesrecht/vernehmlassungen.html>).

4 Allgemeine Bemerkungen zum Vorentwurf

4.1 Annahme des Vorentwurfs

Die Revision ist allgemein auf Zustimmung gestossen. Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmer erachtet es als notwendig, die Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister zu vereinfachen.

Vier (4) Kantone² unterstützen den Vorentwurf vorbehaltlos und zwei (2) Kantone³ stimmen ihm zu, unterbreiten jedoch Verbesserungsvorschläge. Die Mehrheit der Kantone⁴ begrüsst ebenfalls das Ziel der Revision, wünscht sich jedoch, dass das Verfahren nicht den Zivilstands-

¹ Fachkonferenz Soziale Arbeit der FH Schweiz SASSA, Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD, Schweizerischer Arbeitgeberverband, Schweizerischer Nationalfonds

² AI (S. 1), BS (S. 1), FR (S. 1), NW (S. 1)

³ VD (S. 1), ZG (S. 2)

⁴ AG (S. 1), AR (S. 1), BE (S. 4), GE (S. 1), GL (S. 1 f.), GR (S. 1), JU (S. 1), LU (p. 1 s.), NE (S. 1), OW (S. 1), SG (S. 2), SH (S. 1), SO (S. 2 ff), SZ (S. 1), TG (S. 1 f.), TI (S. 1 f.), UR (S. 2), VS (S. 2), ZH (S. 2 f.)

beamtinnen und Zivilstandsbeamten, sondern den kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen übertragen wird. Mehrere Kantone verweisen diesbezüglich auf die Stellungnahme der KAZ vom 6. Juli 2018, nach welcher die vorgeschlagene Revision hinsichtlich der Beweiskraft des Personenstandsregisters problematisch erscheint (Rechtssicherheit, Risiko der Anfechtung der beim Zivilstandsamt erklärten Änderung des Geschlechts, Schwierigkeiten bei der Überprüfung der inneren Überzeugung der betroffenen Personen). Ein (1) Kanton⁵ weist darauf hin, dass seine Gleichstellungskommission entgegen der Haltung des Regierungsrats den Vorentwurf des Bundesrats unterstützt, darüber hinaus jedoch wünscht, dass die Zustimmung der gesetzlichen Vertretung nicht erforderlich ist (siehe ebenfalls Ziff. 5.2.5 Absatz 4).

Vier (4) politische Parteien⁶ und sechzehn (16) Organisationen⁷ begrüßen die Revision grundsätzlich, bringen jedoch gewisse Bemerkungen oder Vorbehalte an, während vier (4) andere nationale politische Parteien⁸ und eine (1) regionale Partei⁹ sowie zahlreiche Organisationen¹⁰ der Meinung sind, dass die Revision zwar die richtige Stossrichtung verfolgt, aber immer noch nicht weit genug geht. So wird gemäss verschiedenen Vernehmlassungsteilnehmern¹¹ der Grundsatz der Selbstbestimmung durch Kontrollmechanismen wie das Einfordern eines Arztzeugnisses eingeschränkt und der Willkür der Zivilstandsbeamtinnen und -beamten ausgesetzt, ohne dass die nötige Rechtssicherheit geboten wird.

Zwei (2) politische Parteien¹² und mehrere Organisationen¹³ verweisen explizit auf die Stellungnahmen von TGNS vom 2. August 2018. Ein (1) Vernehmlassungsteilnehmer¹⁴ fordert den Gesetzgeber auf, bei der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs Expertenorganisationen einzubeziehen.

Zwei (2) politische Parteien¹⁵ und zwei (2) Organisationen¹⁶ lehnen die vorgeschlagene Revision komplett ab. Gemäss einer (1) Organisation¹⁷ besteht kein dringender Bedarf, die mit der amtlichen Mitteilung des Eidgenössischen Amtes für das Zivilstandswesen vom 1. Februar 2014 eingeführte Praxis im Bereich der Intersexualität zu ändern. Ausserdem sollte grundsätzlich ausgeschlossen werden, dass Transmenschen den Geschlechtseintrag ändern lassen können, oder sollte dies ausschliesslich gestützt auf eine psychiatrische Diagnose zugelassen werden und die Betroffenen sodann nicht zur Wiederverheiratung berechtigt sein.

⁵ GL (S. 1 f.)

⁶ BDP (S. 1), CVP (S. 1), FDP (S. 1), glp (S. 1)

⁷ alliance F (S. 1), Amnesty (S. 1), AVZ (S. 1), Creditreform (S. 1), EKF (S. 1), humanrights.ch (S. 1), KIZ (S. 1), KOKES (S. 1), mannebüro (S. 1), SVZ (S. 1), Swiss Academies (S. 1), Uni ZH (S. 1), VFG (S. 1), VSED (S. 1), Z&H (S. 1), ZHdK (S. 1)

⁸ GPS (S. 1 f.), JGS (S. 1), SP (S. 1), UP (S. 1)

⁹ AL ZH (S. 1)

¹⁰ Agnodice (S. 1), ASS (S. 1), Association 360 (S. 1 ff.), Checkpoint ZH (S. 1), EFS (S. 1), EPICENE (S. 1 ff.), fels (S. 1), FG Trans (S. 1), FGA LGBT (S. 2), FSP (S. 1), FZ ZH (S. 1, 4), GWHF (S. 2), HAB (S. 2), HAZ (S. 1), IG FTh (S. 1), InterAction (S. 10 ff.), JuCH (S. 1 f.), kf (S. 1), Kinderanwaltschaft (S. 5 ff.), Klamydias (S. 1), LOS (S. 1), LSBK (S. 1 f.), NEK (S. 2 ff.), network (S. 2), NGONG (S. 1), nonbinary.ch (S. 2 f.), PH ZH (S. 1), Pink Cross (S. 1), Romanescos (S. 7), selbstbestimmung.ch (S. 1), SGB (S. 10), SGS (S. 1), SKF (S. 1), SKG (S. 2), SKJP (S. 1), SPGV (2), SSV (S. 1), SVAMV (S. 1 f.), SVBB (S. 1), TdF (S. 1), TG Europe et al. (S. 1), TGNS (S. 2), Trakine (S. 2), VUA (S. 1), Wybernet (S. 1)

¹¹ SP (S. 2), AL ZH (S. 2); Agnodice (S. 1 f.), ASS (S. 1), Association 360 (S. 1 ff.), EFS (S. 2), EPICENE (S. 1), fels (S. 1 f.), FGA LGBT (S. 2 f.), GWHF (S. 2), HAZ (S. 1), kf (S. 1), Kinderanwaltschaft (S. 2 f.), LOS (S. 1), NEK (S. 3), Pink Cross (S. 1), Romanescos (S. 8), SGB (S. 1), SGS (S. 2), SKF (S. 3), SKG (S. 2 f., 6), SPGV (S. 3), SSV (S. 1, 3), TG Europe et al. (S. 2), Trakine (S. 2 f.), VUA (S. 4), Wybernet (S. 1)

¹² AL ZH (S. 2), SP (S. 1)

¹³ ASS (S. 1), Checkpoint ZH (S. 1), fels (S. 1), FG Trans (S. 1), FSP (S. 1), GWHF (S. 2), HAB (S. 2), HAZ (S. 1), IG FTh (S. 1), JuCH (S. 1), kf (S. 1), Klamydias (S. 1), LOS (S. 1), LSBK (S. 1), NGONG (S. 1), nonbinary.ch (S. 2), Pink Cross (S. 1), Romanescos (S. 8), selbstbestimmung.ch (S. 1), SGB (S. 1), SGS (S. 1), SKJP (S. 1), SVAMV (S. 2), TdF (S. 1), Trakine (S. 2), Wybernet (S. 1)

¹⁴ VUA (S. 1 f.)

¹⁵ EDU (S. 6), SVP (1)

¹⁶ cft (S. 1), KBSBK (S. 1 f.)

¹⁷ Zukunft CH (S. 3, 6)

4.2 Forderung nach Überarbeitung oder Aufschub der Revision

(siehe Ziff. 6.5 Binäre Geschlechterordnung, Eintrag im Personenstandsregister, dritte Geschlechtskategorie)

Fünf (5) Kantone¹⁸ und eine (1) Fachorganisation¹⁹ vertreten die Auffassung, dass kein dringlicher Gesetzgebungsbedarf besteht. Drei (3) Kantone²⁰ regen an, die Ergebnisse des Berichts des Bundesrates in Erfüllung der Postulate Arslan (17.4121) und Ruiz (17.4185) abzuwarten. Ein (1) Kanton²¹ fordert, dass die Vorlage überarbeitet und anschliessend eine neuerliche Vernehmlassung durchgeführt wird. Eine (1) Organisation²² wünscht, dass der Schwerpunkt der Vorlage auf einer objektiven Grundlage und nicht auf der innerlichen Überzeugung der betroffenen Person beruht.

5 Kommentare zu den verschiedenen Vorschlägen

5.1 Einreihung der Regelung; allgemeine redaktionelle Anmerkungen

Ein (1) Kanton, eine (1) Partei und zwei (2) Organisationen²³ begrüssen die gesetzessystematische Einordnung der Regelung ausdrücklich. Eine (1) Organisation²⁴ erachtet die vorgeschlagene Revision als klar und den Bericht als gut verfasst. Zwei (2) Organisationen²⁵ äussern Vorbehalte gegenüber der verwendeten Terminologie und unterbreiten redaktionelle Vorschläge, auch für andere Normtexte (Zivilprozessordnung, Ausweisgesetz und -verordnung).

5.2 Neuer Artikel 30b des Zivilgesetzbuchs

5.2.1 Randtitel und Wortlaut

Zwei (2) Organisationen²⁶ schlagen vor, den Wortlaut des Randtitels zu ändern («IV. In Bezug auf die Geschlechtsidentität» anstatt «IV. In Bezug auf das Geschlecht»). Drei (3) Vernehmlassungsteilnehmer²⁷ unterbreiten Vorschläge zur Formulierung des Artikels.

5.2.2 Absatz 1

Mehrere Vernehmlassungsteilnehmer²⁸ heissen es gut, dass ein Verfahren zur Abgabe einer Erklärung über die Geschlechtsänderung gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten eingeführt werden soll.

Zwei (2) Kantone²⁹ bestehen darauf, dass die gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten abgegebene Erklärung – unter Vorbehalt einer formellen Berichtigung – für die anderen Behörden verbindlich sein muss. Ein (1) Kanton³⁰ fordert diesbezüglich die Schaffung einer weiteren Norm sowie klare Ausführungsbestimmungen, in denen insbesondere das

¹⁸ AG (S. 1), BE (S. 2), LU (S. 1), TI (S. 1), ZG (S. 2)

¹⁹ KAZ (S. 2)

²⁰ AG (S. 1), SO (S. 4), ZG (S. 2)

²¹ BE (S. 5)

²² KBSBK (S. 2)

²³ LU (S. 2); GPS (S. 2); NEK (S. 2), TGNS (S. 10)

²⁴ NEK (S. 2)

²⁵ TGNS (S. 29 ff.), VUA (S. 1)

²⁶ TG Europe et al. (S. 2), TGNS (S. 10, 32)

²⁷ TGNS (S. 10, 32), VFG (S. 2), ZHdK (S. 1)

²⁸ FR (S. 1), NW (S. 1), VD (S. 1), ZG (S. 1); BDP (S. 1); FDP (S. 1); glp (S. 1); GPS; alliance F (S. 1), EPICENE (S. 1, 7 f.), fels (S. 1), FZ ZH (S. 2), GWHF (S. 2), HAZ (S. 1), humanrights.ch (S. 1), InterAction (S. 10), JuCH (S. 1), kf (S. 1), Kinderanwaltschaft (S. 2), LOS (S. 1), NEK (S. 2), network (S. 2), NGONG (S. 2), SGB (S. 1), SGS (S. 1), SPGV (S. 2), SVAMV (S. 1), SVZ (S. 1), TGNS (S. 2, 32), Wybernet (S. 1)

²⁹ VD (S. 1 f.), ZG (S. 1)

³⁰ VD (S. 2)

Verfahren bei missbräuchlichen Erklärungen, die Wirkungen der Geschlechtsänderung, die auszustellenden Dokumente sowie die Einzelheiten zur Offenlegung der Daten über die Personen, die das Geschlecht geändert haben, geregelt werden. Ein (1) anderer Kanton³¹ beantragt, im Vorfeld der eigentlichen mündlichen Erklärung über die Geschlechtsänderung gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten die Einreichung einer schriftlichen Erklärung zu verlangen, welche die innere Überzeugung kurz darlegt. Dies erlaube es den Zivilstandsbeamten, die innere Überzeugung der betroffenen Person einzuschätzen. Erst wenn der begründete Verdacht bestehe, dass die Geschlechtsänderung leichtsinnig oder missbräuchlich sein könnte, sollen die Zivilstandsbeamten Abklärungen treffen und allfällige Belege einfordern können.

Ein (1) Kanton und eine (1) Organisation³² sind damit einverstanden, dass die Kompetenz zur Entgegennahme der Erklärungen über die Geschlechtsänderung den Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamten übertragen wird. Sie regen jedoch an, dass für diese Erklärungen ein Arztzeugnis verlangt werden sollte; auf diese Anforderung könnte in der Folge gestützt auf eine Evaluation der Auswirkungen nach Ablauf eines bestimmten Zeitraums (3–5 Jahren) verzichtet werden.³³

Ein (1) Kanton³⁴ ist der Ansicht, dass die Zuständigkeit den Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamten übertragen werden kann, dass das Verfahren jedoch in Form eines schriftlichen Gesuchs mit summarischer Begründung durchgeführt werden sollte.

Der betroffene nationale Fachverband³⁵ vertritt die Ansicht, dass die Zivilstandsbeamtinnen und -beamte in diesem Bereich keine Beratungspflicht haben und dass ihnen keine Prüfungspflicht (anhand von ärztlichen Zeugnissen oder auf eine andere Weise) auferlegt werden darf, die über Art. 16 ZStV hinausgeht. Ein regionaler Fachverband³⁶ ist der Auffassung, dass die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte nicht in der Lage ist festzustellen, ob die Erklärung über die Geschlechtsänderung leichtfertig abgegeben wird, oder ärztliche Atteste zu interpretieren.

Mehrere Kantone und eine (1) nationale Berufsorganisation³⁷ lehnen es ab, dass die Geschlechtsänderung mittels einer Erklärung gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten erfolgt. Sie bevorzugen ein an die kantonale Aufsichtsbehörde im Zivilstandsdienst gerichtetes Gesuchsverfahren analog dem Namensänderungsverfahren nach Art. 30 ZGB. Zwölf (12) Kantone³⁸ vertreten die Meinung, dass die innere Überzeugung nicht im Rahmen einer Erklärung gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten überprüft werden kann. Gemäss zehn (10) Kantonen³⁹ birgt ein solches Verfahren die Gefahr von Missbrauch, Rechtsunsicherheit und nachträglichen Anfechtungen. Ein (1) Kanton⁴⁰ weist darauf hin, dass in einem solchen Verfahren nicht überprüft werden kann, ob der Schritt nach reiflicher Überlegung gemacht wurde. Ein (1) anderer Kanton⁴¹ bemerkt, dass ein solches Verfahren objektiv klaren Sachverhalten vorbehalten ist, beispielsweise beim Namenswechsel von Kindern auf den Namen des anderen Elternteils (Artikel 270 Absatz 2 und 270a Absatz 2

³¹ ZG (S. 3)

³² BS (S. 1 f.); EPICENE (S. 8 f.)

³³ EPICENE (S. 8 f.)

³⁴ JU (S. 1)

³⁵ SVZ (S. 1 f.)

³⁶ AVZ (S. 1)

³⁷ AG (S. 1), AR (S. 1 f.), BE (S. 4), GE (S. 1), GL (S. 1), LU (S. 1 f.), NE (S. 1), SG (S. 2), SH (S. 1), SO (S. 2 ff.), TG (S. 1), TI (S. 1), VS (S. 1 f.), ZH (S. 2 f.); KAZ (S. 2, 3, 5)

³⁸ AG (S. 1), AR (S. 2), BE (S. 3), GE (S. 1), GL (S. 1), JU (S. 1), LU (S. 2), NE (S. 1), SG (S. 2), SO (S. 2; 4), UR (S. 1), VS (S. 2)

³⁹ BE (S. 2 f.), BL (S. 2), GL (S. 1), JU (S. 1), LU (S. 2), SG (S. 2), SH (S. 1), SO (S. 2 ff.), TG (S. 1), UR (S. 1)

⁴⁰ VS (S. 2)

⁴¹ ZH (S. 2)

ZGB). Ein (1) Kanton⁴² erachtet die Abkehr vom heutigen Gerichtsverfahren hin zu einem Verwaltungsverfahren als richtig. Ohne ein Verwaltungsverfahren auszuschliessen, vertreten vier (4) Kantone⁴³ die Meinung, dass es auch möglich sein muss, ein (einfaches) Gerichtsverfahren beizubehalten.

Der betroffene Fachverband⁴⁴ begrüsst es ausdrücklich, dass die Betroffenen persönlich beim Zivilstandsamt vorsprechen müssen, denn dies ist für die Überprüfung der Identität unabdingbar; zahlreiche Vernehmlassungsteilnehmer sind jedoch der Ansicht, dass es möglich sein muss, die Erklärung auf einem anderen Weg abzugeben, insbesondere in schriftlicher Form⁴⁵, damit das Verfahren namentlich auch Personen mit einer Behinderung zugänglich ist⁴⁶.

Gemäss einer (1) Partei⁴⁷ sind die Formvorschriften und Mindestanforderungen bezüglich des Inhalts der Erklärung klarer zu formulieren. Ein (1) Kanton⁴⁸ erachtet es bei der Einführung eines Verfahrens zur Erklärung gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten als notwendig, dass eine Bedenkfrist (z. B. sechs Monate) eingerichtet wird, nach welcher die Erklärung wiederholt werden muss, was es erlaubt zu überprüfen, ob der Wunsch nach der Geschlechtsänderung gefestigt ist. Eine (1) Organisation⁴⁹ begrüsst es ausdrücklich, dass die Erklärung über die Geschlechtsänderung – sofern erforderlich – mehr als einmal abgegeben werden kann. Ein (1) Kanton und eine (1) Organisation⁵⁰ wünschen, dass die Frage der Anzahl von Geschlechtsänderungen geregelt wird, während zwei (2) Parteien⁵¹ fordern, dass die vorgeschlagene Vereinfachung auf eine Geschlechtsänderung beschränkt wird.

Ein regionaler Fachverband⁵² wirft die Frage auf, wie missbräuchliche oder leichtsinnige Erklärungen unterbunden werden können. Mehrere Vernehmlassungsteilnehmer⁵³ betonen, dass die Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamten angemessen geschult werden müssen, insbesondere wenn die Geschlechtsänderung Kinder betrifft. Drei (3) Organisationen⁵⁴ verlangen eine Maximalfrist (8 Tage/1 Monat) für die Bearbeitung von Gesuchen zur Geschlechtsänderung. Ein (1) Vernehmlassungsteilnehmer⁵⁵ wünscht, dass in der neuen Bestimmung präzisiert wird, dass die Erklärung gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten aus Diskretionsgründen in einem separaten Raum entgegenzunehmen ist.

Ein (1) Kanton⁵⁶ wünscht, dass die Formulierung «innerlich fest» durch eine klarere ersetzt wird. Zwei Organisationen⁵⁷ schlagen vor, diesen Ausdruck gänzlich zu streichen und den Begriff der Geschlechtsidentität zu verwenden.

⁴² AG (S. 1)

⁴³ AR (S. 2), BE (S. 3), BL (S. 2), SO (S. 2 f.)

⁴⁴ SVZ (S. 1)

⁴⁵ AG (S. 1); JGS (S. 2), SP (S. 2), UP (S. 1); Agnodice (S. 2), ASS (S. 1), Association 360 (S. 2, 5), EKF (S. 2), fels (S. 2), FSP (S. 1), GWHF (S. 2), HAB (S. 2), HAZ (S. 1), InterAction (S. 11), kf (S. 1), Kinderanwaltschaft (S. 6), LOS (S. 1), network (S. 2), Pink Cross (S. 1), Romanescos (S. 8), selbstbestimmung.ch (S. 1, 5), SGB (S. 2), SGS (S. 2), SKG (S. 4, 6), SPGV (S. 3), SSV (S. 2 f.), TG Europe et al. (S. 5), TGNS (S. 2, 12, 32), Wybernet (S. 1)

⁴⁶ selbstbestimmung.ch (S. 1, 5), TGNS (S. 12)

⁴⁷ BDP (S. 1)

⁴⁸ VS (S. 2)

⁴⁹ NEK (S. 2)

⁵⁰ GL (S. 1); VFG (S. 2)

⁵¹ BDP (S. 2), CVP (S. 1 f.)

⁵² KIZ (S. 1)

⁵³ ZG (S. 2), ZH (S. 2); FDP (S. 1); Association 360 (S. 2), FGA LGBT (S. 3), InterAction (S. 11), Kinderanwaltschaft (S. 7), NEK (S. 3), SKF (S. 3), SKG (S. 3 f., 6), SSV (S. 3), TG Europe et al. (S. 3), TGNS (S. 28)

⁵⁴ FGA LGBT (S. 4), SKG (S. 4, 6), TGNS (S. 12)

⁵⁵ ZHdK (S. 1)

⁵⁶ LU (S. 2)

⁵⁷ TG Europe et al. (S. 2); TGNS (S. 15, 32)

5.2.3 Absatz 2

Ein (1) Fachverband⁵⁸ und eine (1) Organisation⁵⁹ begrüssen es ausdrücklich, dass bei der Erklärung über die Geschlechtsänderung ein oder mehrere neue Vornamen ausgewählt werden können. Eine andere Organisation⁶⁰ begrüsst den Hinweis im erläuternden Bericht, wonach geschlechtskonnotierte Familiennamen bei der Geschlechtsänderung ebenfalls geändert werden können; der Familienname sollte jedoch auch zum Schutz der betroffenen Person geändert werden können.

Gemäss zwei (2) Kantonen⁶¹ und zwei (2) Organisationen⁶² sollten die Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamten Erklärungen über die Änderung des Vornamens auch unabhängig von einer Geschlechtsänderung entgegennehmen können. Eine politische Partei⁶³ vertritt die Meinung, dass mit der vorgesehenen Reform auch das Verfahren zur Namensänderung im Allgemeinen hätte vereinfacht werden sollen.

Einige Organisationen möchten den Grundsatz verankern, dass die alten Vornamen gelöscht werden⁶⁴ oder dass die Betroffenen bei der Wahl des Vornamens gänzlich frei sind und dieser nicht dem binären Geschlechtermodell entsprechen muss (z.B. durch die Übernahme mehrerer Vornamen, von denen einige als männlich und andere als weiblich gelten).⁶⁵ Gemäss einer (1) anderen Organisation⁶⁶ sollte dagegen festgehalten werden, dass der gewählte Vorname dem neuen Geschlecht entsprechen muss.

5.2.4 Absatz 3

Zwei (2) Parteien und fünf (5) Organisationen⁶⁷ begrüssen es ausdrücklich, dass die Geschlechtsänderung keine Auswirkungen auf die familienrechtlichen Verhältnisse der Personen, die eine entsprechende Erklärung abgeben, haben darf. Eine (1) Organisation⁶⁸ beantragt formell, dass die Geschlechtsänderung im Personenstandsregister keine Auswirkungen auf die rechtliche Beziehung zu bereits geborenen Kindern hat (z. B. das Besuchsrecht, die elterliche Sorge).

Acht (8) Kantone und zwei (2) Organisationen⁶⁹ wünschen, dass die Auswirkungen der Geschlechtsänderung klar geregelt werden (im Kindesrecht und in den anderen Bereichen, in denen das Gesetz auf die körperlichen Geschlechtsmerkmale verweist, z. B. beim Straftatbestand der Vergewaltigung, den Bestimmungen zum Schutz der Schwangeren und ihrer Kinder, der Vergütung der Abklärungen zu Prostatakrebs).

Drei (3) Kantone⁷⁰ werfen die Frage auf, ob den Ehefrauen bzw. Ehemännern oder Partnerinnen bzw. Partnern von Transmenschen ein Recht auf Anhörung eingeräumt werden sollte. Ein (1) Kanton⁷¹ stellt sich insbesondere die Frage der Konversion der Ehe in eine eingetragene Partnerschaft und deren Folgen auf den Güterstand. Zwei (2) Organisationen⁷² fordern, dass

⁵⁸ SVZ (S. 2)

⁵⁹ NEK (S. 2)

⁶⁰ TGNS (S. 11)

⁶¹ NW (S. 1), ZH (S. 3)

⁶² KIZ (S. 1), SVZ (S. 2)

⁶³ FDP (S. 1)

⁶⁴ Association 360 (S. 2), EPICENE (S. 2)

⁶⁵ Agnodice (S. 3), Kinderanwaltschaft (S. 2)

⁶⁶ VFG (S. 2)

⁶⁷ glp (S. 1), GPS (S. 2); FGA LGBT (S. 7), humanrights.ch (S. 2), NEK (S. 2), SVAMV (S. 2), TGNS (S. 21 ff., 32)

⁶⁸ LSBK (S. 1)

⁶⁹ BE (S. 2), NE (S. 1), SG (S. 1), SO (S. 3), TI (S. 1), VD (S. 2), ZG (S. 2, 4 f.), ZH (S. 4); KAZ (S. 2), TGNS (S. 24)

⁷⁰ BE (S. 3), SG (S. 2), SO (S. 3)

⁷¹ BE (S. 3)

⁷² InterAction (S. 14), TGNS (S. 21, 32 f.)

das (Gerichts-)Verfahren und die Auswirkungen der Konversion der Ehe in eine eingetragene Partnerschaft und umgekehrt im Gesetz explizit geregelt werden.

Vier (4) Organisationen⁷³ lehnen es ab, dass in den Zivilstandsdokumenten von Amtes wegen das frühere Geschlecht des Elternteils, der das Geschlecht geändert hat, genannt wird; ebenfalls vier (4) Organisationen⁷⁴ regen an, langfristig ganz auf die Angabe des Geschlechts der Eltern zu verzichten.

Damit durch die vorgesehene Revision nicht die Ehe gleichgeschlechtlicher Paare eingeführt wird, schlägt eine (1) Organisation⁷⁵ vor, Absatz 3 dahingehend anzupassen, dass mit der Abgabe der Erklärung über die Geschlechtsänderung die Ehe auf Wunsch der Parteien in eine eingetragene Partnerschaft umgewandelt oder geschieden wird.

5.2.5 Absatz 4

Ein (1) Kanton⁷⁶ hat keine besonderen Bemerkungen zum vorgeschlagenen Absatz anzubringen.

Zahlreiche Vernehmlassungsteilnehmer kritisieren heftig, dass urteilsfähige Personen die Zustimmung der gesetzlichen Vertreterin oder des gesetzlichen Vertreters einholen müssen.⁷⁷ Einige schlagen ein Mindestalter vor (16 Jahre⁷⁸ oder 12 Jahre⁷⁹). Einige Vernehmlassungsteilnehmer⁸⁰ erachten den Vergleich mit der Kindesanerkennung als nicht stichhaltig.

Gemäss einem (1) Kanton⁸¹ muss zur Vertretung des Kindes eine Beiständin oder ein Beistand ernannt werden, wenn die gesetzliche Vertreterin oder der gesetzliche Vertreter die Zustimmung verweigert oder wenn die minderjährige Person nicht urteilsfähig ist und eine Klage bei Gericht eingereicht oder eine Berichtigung durch die Verwaltung erwirkt werden muss. Gemäss einem (1) anderen Kanton und einer (1) Organisation⁸² sollte die minderjährige Person, falls die gesetzliche Vertretung ihre Zustimmung verweigert, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde anrufen können. Eine (1) Organisation⁸³ fordert, dass urteilsfähigen Minderjährigen zwingend eine Beiständin oder ein Beistand zugewiesen wird.

Eine Organisation⁸⁴ ist der Meinung, dass jede Änderung des Geschlechts ohne die Zustimmung der Eltern gänzlich zu untersagen ist.

In Bezug auf die urteilsunfähigen Personen begrüsst ein Vernehmlassungsteilnehmer⁸⁵ die entsprechende Lösung des Vorentwurfs (Beibehaltung der Klage auf Feststellung der Geschlechtsänderung bzw. der Berichtigung durch die Verwaltung) ausdrücklich.

⁷³ Association 360 (S. 2); FGA LGBT (S. 7), TG Europe et al. (S. 5), TGNS (S. 22)

⁷⁴ InterAction (S. 10), SVAMV (S. 2), TG Europe et al. (S. 6), TGNS (S. 22)

⁷⁵ VFG (S. 2)

⁷⁶ VS (S. 2)

⁷⁷ BS (S. 2), ZG (S. 2, 5); AL ZH (S. 2), JGS (S. 1 f.), glp (S. 1), UP (S. 1); Agnodice (S. 1 f.), alliance F (S. 1), Amnesty (S. 1), ASS (S. 1), Association 360 (S. 2), EKF (S. 2 f.), fels (S. 1), FGA LGBT (S. 4 f.), FSP (S. 1), FZ ZH (S. 2), GWHF (S. 2), HAB (S. 2), HAZ (S. 1), humanrights.ch (S. 2), InterAction (S. 14), JuCH (S. 2), kf (S. 1), Kinderanwaltschaft (S. 5), KOKES (S. 1), LOS (S. 1), NEK (S. 2 f.), network (S. 2), NGONG (S. 2), PH ZH (S. 2), Pink Cross (S. 1), Romanescos (S. 8), selbstbestimmung.ch (S. 2 ff.), SGB (S. 2), SGS (S. 2), SKF (S. 3), SKG (S. 3 f., 6), SSV (S. 2 f.), SVAMV (S. 2), TG Europe et al. (S. 3), TGNS (S. 2, 17 ff., 32), Trakine (S. 2 f.), VUA (S. 4), Wybernet (S. 1)

⁷⁸ VD (S. 3); EFS (S. 2), EPICENE (S. 1)

⁷⁹ ZH (S. 3)

⁸⁰ KOKES (S. 1), selbstbestimmung.ch (S. 4), SKG (S. 3 f.), SVAMV (S. 2), TGNS (S. 18), Trakine (S. 2)

⁸¹ VD (S. 3)

⁸² ZH (S. 3); Association 360 (S. 2)

⁸³ Kinderanwaltschaft (S. 4)

⁸⁴ Zukunft CH (S. 6)

⁸⁵ SKG (S. 3)

Andere⁸⁶ sind der Auffassung, dass diese Personen ebenfalls über ihre gesetzliche Vertretung eine Erklärung über die Geschlechtsänderung abgeben können sollten. Zwei Organisationen⁸⁷ präzisieren, dass urteilsunfähige Minderjährige auch nur durch eine Inhaberin oder einen Inhaber der elterlichen Sorge vertreten werden können sollten.

5.3 Neuer Artikel 40a des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht

5.3.1 Randtitel

Eine (1) Organisation⁸⁸ schlägt vor, den Randtitel zu ändern («IVa. Eintragung des Geschlechts» anstatt «IVa. Geschlecht»).

5.3.2 Wortlaut

Der vorgeschlagene Wortlaut wird von zwei (2) Vernehmlassungsteilnehmern⁸⁹ ausdrücklich begrüsst, wobei einer von ihnen der Ansicht ist, dass der Verweis auf Artikel 40 IPRG (Eintragung in die Zivilstandsregister nach den schweizerischen Grundsätzen über die Registerführung) aus dem Verweis auf die Bestimmungen zum Namen gestrichen werden sollte. Zwei (2) Organisationen⁹⁰ unterstützen die Tatsache, dass die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer die Geschlechtsänderung in ihrem Wohnsitzstaat oder in der Schweiz beantragen können. Zwei (2) Kantone⁹¹ und eine (1) Organisation⁹² haben keine Anmerkungen zur vorgeschlagenen Formulierung.

Zwei (2) andere Kantone⁹³ verlangen eine einfache Regelung im IPRG, sie erachten einen einfachen Verweis auf die Artikel 37–40 IPRG als genügend.

Drei (3) Kantone und zwei (2) Organisationen⁹⁴ fordern, dass die Vereinfachung des Verfahrens zur Geschlechtsänderung auch den Ausländerinnen und Ausländern mit Wohnsitz in der Schweiz zugutekommt, die noch nicht im elektronischen Personenstandsregister eingetragen sind. Mehrere Vernehmlassungsteilnehmer⁹⁵ verlangen, dass nicht-binäre Personen aus dem Ausland in der Schweiz als solche anerkannt werden. Eine (1) Organisation⁹⁶ beantragt, dass Geschlechtsänderungen, die von ausländischen Vertretungen auf Schweizer Territorium vorgenommen werden, in der Schweiz anerkannt werden.

6 Weitere Vorschläge (siehe ebenfalls Ziff. 5.1)

6.1 Evaluation der Regelung (siehe Ziff. 5.2.2)

Eine (1) Organisation⁹⁷ wünscht, dass die Umsetzung der neuen Regelung in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft evaluiert wird.

⁸⁶ JGS (S. 2); Agnodice (S. 1 f.), Kinderanwaltschaft (S. 5 f.), network (S. 2), NGONG (S. 2), PH ZH (S. 2), selbstbestimmung.ch (S. 4), SVAMV (S. 2), TG Europe et al. (S. 3), TGNS (S. 2, 16 ff.), Trakine (S. 3)

⁸⁷ TG Europe et al. (S. 3), TGNS (S. 20)

⁸⁸ TGNS (S. 23, 33)

⁸⁹ GPS (S. 2); TGNS (S. 22 ff., 33)

⁹⁰ TG Europe et al. (S. 5), TGNS (S. 22 f.)

⁹¹ JU (S. 2), VS (S. 2)

⁹² Association 360 (S. 1)

⁹³ BL (S. 2), UR (S. 1)

⁹⁴ SG (S. 2), SO (S. 4), ZG (S. 1, 3); KAZ (S. 4 f.), LSBK (S. 1)

⁹⁵ JGS (S. 2); fels (S. 2), GWHF (S. 2), HAB (S. 2), HAZ (S. 1), JuCH (S. 2), LOS (S. 1), network (S. 2), NGONG (S. 2), nonbinary.ch (S. 3), PH ZH (S. 2), Pink Cross (S. 2), SGS (S. 2), TG Europe et al. (S. 6), TGNS (S. 2, 23), Wybernet (S. 1)

⁹⁶ TGNS (S. 23)

⁹⁷ TGNS (S. 28)

6.2 Umfassende Betrachtung der Situation der Transmenschen

Zehn (10) Kantone, eine (1) Regionalpartei und mehrere Organisationen⁹⁸ erachten es als sinnvoll, die Situation der Transmenschen umfassend zu betrachten. Die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister dürfe nicht dazu führen, dass andere Bereiche vernachlässigt werden (Zugang zur Justiz, zu Pflege, Bildung und Arbeit, Migration, Strafrecht, Anerkennung der Geschlechtsidentität, Entschädigung der zwangssterilisierten Transmenschen, Anpassung der Dokumente nach der Geschlechtsänderung, Umgangsname während der Übergangszeit).

6.3 Revision des Sterilisationsgesetzes (SR 211.111.1)

Drei (3) Organisationen⁹⁹ wünschen eine Ergänzung des Sterilisationsgesetzes um ein Verbot, das die Sterilisation als Voraussetzung für die Anerkennung der Geschlechtsänderung im Personenstandsregister formell untersagt.

6.4 Abkehr von der Begutachtung von Transmenschen

Eine (1) Organisation¹⁰⁰ wünscht, dass auf jegliche psychologische oder psychiatrische Begutachtung von Transmenschen verzichtet wird. Sie weist darauf hin, dass die internationale Klassifikation der WHO zurzeit angepasst wird («Transsexualismus» ist keine Krankheit mehr).

6.5 Binäre Geschlechtsordnung, Eintrag im Personenstandsregister, dritte Geschlechtskategorie

(siehe ebenfalls Ziff. 4.2 Forderung nach Überarbeitung oder Aufschub der Revision)

Ein (1) Kanton, zwei (2) Parteien und eine (1) Organisation¹⁰¹ heissen die Beibehaltung der binären Geschlechtsordnung ausdrücklich gut.

Zahlreiche Vernehmlassungsteilnehmer¹⁰² erachten es als notwendig, dass die Situation der Personen, die weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zugeordnet werden können, überprüft wird. Zwei (2) Parteien und verschiedene Organisationen¹⁰³ beantragen, dass im Recht auf jegliche Anknüpfung an das Geschlecht verzichtet wird (das Postulat Flach 18.3690 wird zitiert¹⁰⁴) oder dass von der Eintragung des Geschlechts im Personenstandsregister und in den Identitätsdokumenten abgesehen wird mit der Option, dass jede Person ihr

⁹⁸ AR (S. 2), BE (S. 5), BL (S. 2 f.), GL (S. 1), NE (S. 1), SO (S. 5), SZ (S. 1), TG (S. 1), UR (S. 1 f.), ZH (S. 5); AL ZH (S. 2); FGA LGBT (S. 4), FSP (S. 1), JuCH (S. 1), KAZ (S. 2, 5), LSBK (S. 1 f.), network (S. 2), TG Europe et al. (S. 1), TGNS (S. 6, 9, 34 ff.), ZHdK (S. 2)

⁹⁹ Association 360 (S. 2), EPICENE (S. 2), FGA LGBT (S. 6)

¹⁰⁰ Checkpoint ZH (S. 1)

¹⁰¹ VS (S. 2); SVP (S. 2), EDU (S. 5 f.); KBSBK (S. 1)

¹⁰² AG (S. 1), BE (S. 4), BL (S. 1), BS (S. 2), GE (S. 1 f.), GL (S. 1), GR (S. 2), LU (S. 2), SO (S. 4), UR (S. 1), ZG (S. 2, 4), ZH (S. 4); AL ZH (S. 2), SP (S. 3), JGS (S. 2), UP (S. 1 f.); Agnodice (S. 3), Amnesty (S. 1), ASS (S. 1 f.), EFS (S. 2), EKF (S. 3), fels (S. 2), FGA LGBT (S. 6), FSP (S. 1), GWHF (S. 2), HAB (S. 2), HAZ (S. 1), humanrights.ch (S. 2), InterAction (S. 10 ff.), JuCH (S. 2), KAZ (S. 4 f.), kf (S. 1), Kinderanwaltschaft (S. 3 f.), LOS (S. 1), NEK (S. 3), network (S. 2), NGONG (S. 2), nonbinary.ch (S. 3), PH ZH (S. 2), Pink Cross (S. 1), Romanescos (S. 7), selbstbestimmung.ch (S. 2, 6), SGB (S. 2), SGS (S. 2), SKF (S. 4), SKG (S. 4 ff.), SPGV (S. 3), SSV (S. 3), SVZ (S. 2), TG Europe et al. (S. 6), TGNS (S. 3, 25 ff.), Trakine (S. 4), Uni ZH (S. 2), VSED (S. 1 f.), VUA (S. 2 f.), Wybernet (S. 1), Z&H (S. 1)

¹⁰³ glp (S. 1), UP (S. 1 f.); Agnodice (S. 3), Amnesty (S. 1), FGA LGBT (S. 6), InterAction (S. 10), Kinderanwaltschaft (S. 3 f.), Romanescos (S. 7), SKG (S. 5), TG Europe et al. (S. 6), TGNS (S. 27, 33)

¹⁰⁴ glp (S. 1); Amnesty (S. 1)

Geschlecht allenfalls bei Erreichen der Volljährigkeit eintragen lassen kann. Zwei (2) Organisationen¹⁰⁵ stellen fest, dass die derzeitige fehlende Anerkennung einer dritten Geschlechtskategorie im Personenstandsregister Schwierigkeiten für ausländische Personen mit sich bringt, die im Einwohnerregister mit dem Hinweis «Geschlecht unbestimmt» eingetragen sind.

6.6 Ausdrückliches Verbot chirurgischer Eingriffe an Kindern mit einer Variante der Geschlechtsentwicklung

Mehrere Vernehmlassungsteilnehmer sorgen sich darum, wie mit Kindern mit einer Variante der Geschlechtsentwicklung umgegangen wird und fordern insbesondere, dass unnötige chirurgische Eingriffe ausdrücklich verboten¹⁰⁶ oder gar strafrechtlich sanktioniert¹⁰⁷ werden. Drei (3) Organisationen¹⁰⁸ verlangen für diese Fälle zudem eine Wiedergutmachung und insbesondere die Verlängerung der Verjährungsfrist. Eine (1) Organisation¹⁰⁹ fordert, dass jegliche medizinische Eingriffe einschliesslich der Hormonbehandlungen bei Minderjährigen verboten werden. Eine (1) andere Organisation¹¹⁰ regt an, ein Recht zu verankern, die medizinische Wahrheit über den eigenen Körper und die vorgenommenen Eingriffe zu erfahren..

6.7 Frist für die Anzeige des Geschlechts von Neugeborenen beim Zivilstandsamt

Ein regionaler Fachverband¹¹¹ will an der aktuellen 3-tägigen Frist für die Geburtsanzeige mit Geschlechtsangabe festhalten.

Zwei (2) Kantone und einige Organisationen¹¹² unterstützen die Idee, diese Frist in Fällen, in denen das Geschlecht des Neugeborenen nicht direkt festgestellt werden kann, zu verlängern oder auszusetzen. Eine (1) Partei und eine (1) Organisation¹¹³ fordern eine klare Regelung dieser Frage.

6.8 Verbot der Offenbarung der Geschlechtsänderung an Dritte

Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmer¹¹⁴ wünschen eine formelle Verankerung des Grundsatzes, wonach die Geschlechtsänderung vertraulich bleiben muss und unberechtigten Dritten nicht offenbart werden darf. Eine (1) Organisation¹¹⁵ möchte dieses Verbot in das ZGB aufnehmen und damit die Pflicht verknüpfen, sämtliche Dokumente der Person (idealerweise kostenlos und unbürokratisch) anzupassen, so auch den Ausländerausweis von Ausländerinnen und Ausländern, deren Heimatstaat die in der Schweiz vorgenommene Geschlechtsänderung nicht anerkennt. Ein (1) Vernehmlassungsteilnehmer¹¹⁶ schlägt vor, in der neuen Be-

¹⁰⁵ VSED (S. 1 f.), SSV (S. 3)

¹⁰⁶ AG (S. 1), ZH (S. 4); EKF (S. 4), HAZ (S. 1), NEK (S. 4), nonbinary.ch (S. 3), TG Europe et al. (S. 2), VUA (S. 3 f.)

¹⁰⁷ AL ZH (S. 3), JGS (S. 2); Agnodice (S. 4), ASS (S. 1 f.), fels (S. 2), FSP (S. 1), GWHF (S. 2), HAB (S. 2), InterAction (S. 15 f.), JuCH (S. 2), Kinderanwaltschaft (S. 7), kf (S. 1), LOS (S. 1), network (S. 3), PH ZH (S. 2), Pink Cross (S. 2), Romanescos (S. 8), selbstbestimmung.ch (S. 2, 6), SGS (S. 2), SKF (S. 3), TdF (S. 1), TGNS (S. 3, 34 f.), Wybernet (S. 1)

¹⁰⁸ InterAction (S. 16), Kinderanwaltschaft (S. 7), TGNS (S. 35 f.)

¹⁰⁹ Zukunft CH (S. 6)

¹¹⁰ TGNS (S. 35)

¹¹¹ AVZ (S. 2)

¹¹² BS, ZH (S. 4); SVZ (S. 2), FZ ZH (S. 4), selbstbestimmung.ch (S. 6), Swiss Academies (S. 1)

¹¹³ BDP (S. 1 f.); NEK (S. 3)

¹¹⁴ JGS (S. 2); Agnodice (S. 3), EKF (S. 4), fels (S. 2), FGA LGBT (S. 7), FSP (S. 1), GWHF (S. 2), HAB (S. 2), HAZ (S. 1), JuCH (S. 2), kf (S. 1), LOS (S. 1), network (S. 2), NGONG (S. 2), PH ZH (S. 2), Pink Cross (S. 1), Romanescos (S. 8), SGS (S. 2), TG Europe et al. (S. 5), TGNS (S. 2, 24), Wybernet (S. 1)

¹¹⁵ TGNS (S. 2, 24 f., 32)

¹¹⁶ ZHdK (S. 1)

stimmung zu präzisieren, dass die Erklärung gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten aus Diskretionsgründen in einem separaten Raum entgegengenommen wird.

6.9 Registerharmonisierung, Geschlechtsmarker und eindeutiger Identifikator

Zwei (2) Organisationen¹¹⁷ betonen, wie wichtig es ist, dass die verschiedenen Verwaltungsstellen wie die Einwohnerdienste unter Wahrung der Rechte der betroffenen Personen über die im elektronischen Personenstandsregister eingetragenen Geschlechts- und Namensänderungen informiert werden.

Gemäss einer (1) Organisation¹¹⁸ sollte die Verwendung von «Geschlechtsmarkern» (weiblich/männlich) in staatlichen Verfahren und im Privatrechtsbereich grundsätzlich überdacht werden. So soll die «unnötige Deklaration» des Geschlechts auf Fragebogen, Personalienblättern oder in amtlichen Verfahren abgeschafft werden. Eine (1) andere Organisation¹¹⁹ wünscht, dass ein eindeutiger Personenidentifikator eingeführt wird.

6.10 Erhobene Gebühren

Fünf (5) Organisationen¹²⁰ fordern die Befreiung oder Ermässigung der Gebühren für die Geschlechtsänderung im Personenstandsregister; eine (1) andere¹²¹ verlangt, dass das Verfahren zumindest für Minderjährige kostenlos sein sollte.

Ein (1) Fachverband¹²² beantragt, dass die Kosten im Zusammenhang mit der Berichtigung missbräuchlicher Erklärungen über die Geschlechtsänderung den betroffenen Personen in Rechnung gestellt werden.

6.11 Anzahl der Transmenschen

Eine (1) Organisation¹²³ weist darauf hin, dass die Anzahl der Transmenschen, die im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung genannt wird, viel zu tief ist und neu eingeschätzt werden sollte.

6.12 Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare

Eine (1) Organisation¹²⁴ erachtet es als dringlich, dass die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet wird.

¹¹⁷ VSED (S. 1), SSV (S. 3 f.)

¹¹⁸ EKF (S. 4)

¹¹⁹ Creditreform (S. 2)

¹²⁰ InterAction (S. 10 f.), SKG (S. 4, 6), SPGV (S. 3), SSV (S. 2 f.), TGNS (S. 13)

¹²¹ Kinderanwaltschaft (S. 6)

¹²² AVZ (S. 2)

¹²³ EKF (S. 4)

¹²⁴ FGA LGBT (S. 7)

6.13 Information und Unterstützung der betroffenen Personen

Eine (1) Organisation¹²⁵ fordert, dass staatlich finanzierte Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche geschaffen werden. Eine (1) andere Organisation¹²⁶ wünscht, dass die betroffenen Personen psychologisch begleitet werden.

7 Einsichtnahme

Gemäss Art. 9 des Bundesgesetzes vom 18. März 2005 über das Vernehmlassungsverfahren¹²⁷ sind die Vernehmlassungsunterlagen, sowie nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist die Stellungnahmen der Vernehmlassungsteilnehmer und – nach Kenntnisnahme durch den Bundesrat – der Ergebnisbericht, öffentlich zugänglich. Diese Dokumente werden in elektronischer Form auf der Internetseite der Bundeskanzlei veröffentlicht. Ebenfalls auf der erwähnten Seite können die vollständigen Stellungnahmen eingesehen werden (Art. 16 der Vernehmlassungsverordnung vom 17. August 2005¹²⁸).

¹²⁵ Kinderanwaltschaft (S. 7)

¹²⁶ NEK (S. 3)

¹²⁷ SR 172.061

¹²⁸ SR 172.061.1

Verzeichnis der Eingaben
Liste des organismes ayant répondu
Elenco dei partecipanti

Kantone / Cantons / Cantoni

AG	Aargau / Argovie / Argovia
AI	Appenzell Innerrhoden / Appenzell Rh.-Int. / Appenzello Interno
AR	Appenzell Ausserrhoden / Appenzell Rh.-Ext. / Appenzello Esterno
BE	Bern / Berne / Berna
BL	Basel-Landschaft / Bâle-Campagne / Basilea-Campagna
BS	Basel-Stadt / Bâle-Ville / Basilea-Città
FR	Freiburg / Fribourg / Friburgo
GE	Genf / Genève / Ginevra
GL	Glarus / Glaris / Glarona
GR	Graubünden / Grisons / Grigioni
JU	Jura / Giura
LU	Luzern / Lucerne / Lucerna
NE	Neuenburg / Neuchâtel
NW	Nidwalden / Nidwald / Nidvaldo
OW	Obwalden / Obwald / Obvaldo
SG	St. Gallen / Saint-Gall / San Gallo
SH	Schaffhausen / Schaffhouse / Sciaffusa
SO	Solothurn / Soleure / Soletta
SZ	Schwyz / Svitto
TG	Thurgau / Thurgovie / Turgovia
TI	Tessin / Ticino
UR	Uri
VD	Waadt / Vaud
VS	Wallis / Valais / Vallese
ZG	Zug / Zoug / Zugo
ZH	Zürich / Zurich / Zurigo

Parteien / Partis politiques / Partiti politici

AL ZH	Alternative Liste Zürich
BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei BDP Parti bourgeois-démocratique PBD Partito borghese democratico PBD
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei CVP Parti Démocrate-Chrétien PDC Partito Popolare Democratico PPD

EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union EDU Union Démocratique Fédérale UDF Unione Democratica Federale UDF
FDP	FDP. Die Liberalen PLR. Les Libéraux-Radicaux PLR. I Liberali Radicali PLD. Ils Liberals
glp	Grünliberale Partei glp Parti vert'libéral pvl
GPS	Grüne Partei der Schweiz GPS Parti écologiste suisse PES Partito ecologista svizzero PES
JGS	Junge Grüne Schweiz JGS Les Jeunes Vert-e-s Suisse JVS Giovani Verdi Svizzera GVS
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP Parti Socialiste Suisse PS Partito Socialista Svizzero PS
SVP	Schweizerische Volkspartei SVP Union Démocratique du Centre UDC Unione Democratica di Centro UDC
UP	Unabhängigkeitspartei Schweiz

Interessierte Organisationen und Privatpersonen / Organisations intéressées et particuliers / Organizzazioni interessate e privati

Agnodice	Fondation Agnodice
alliance F	Bund Schweizerischer Frauenorganisationen Alliance des sociétés féminines suisses Alleanza delle società femminili svizzere
Amnesty	Amnesty International Schweizer Sektion
ASS	Asexuelles und aromantisches Spektrum Schweiz
Association 360	
AVZ	Aarg. Verband für Zivilstandswesen
cft	cft Schweiz, Christianity for Today
Checkpoint ZH	Checkpoint Zürich
Creditreform	Schweizerischer Verband Creditreform SVC
EFS	Evangelische Frauen Schweiz EFS Femmes Protestantes en Suisse FPS
EKF	Eidg. Kommission für Frauenfragen EKF Commission fédérale pour les questions féminines CFQF Commissione federale per le questioni femminili CFQF
ÉPICÈNE	Épicène, Association d'utilité publique en faveur des personnes trans*
fels	Freundinnen, Freunde, Eltern von Lesben und Schwulen
FG Trans	Fachgruppe Trans*

FGA LGBT	Fédération Genevoise des Associations LGBT
FSP	Föderation der Schweizer Psychologinnen und Psychologen Fédération Suisse des Psychologues Federazione Svizzera delle Psicologhe e degli Psicologi
FZ ZH	Frauenzentrale Zürich
GWHF	Interessengemeinschaft Girls Wanna Have Fun
HAB	Homosexuelle Arbeitsgruppen Bern
HAZ	Homosexuelle Arbeitsgruppen Zürich
humanrights.ch	
IG FTth	IG Feministische Theologinnen Deutschschweiz - Liechtenstein
InterAction	Association Suisse pour les intersexes
JuCH	Juristinnen Schweiz Femmes Juristes Suisse Giuriste Svizzera Giuristas Svizra Women Lawyers Switzerland
KAZ	Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst KAZ Conférence des autorités cantonales de surveillance de l'état civil CEC Conferenza delle autorità cantonali di vigilanza sullo stato civile CSC
KBSBK	Kommission für Bioethik der Schweizer Bischofskonferenz KBSBK Commission de bioéthique des évêques suisses CBES Commissione di bioetica dei vescovi svizzeri CBVS
kf	Schweizerisches Konsumentenforum kf
Kinderanwaltschaft	Kinderanwaltschaft Schweiz
KIZ	Konferenz der Innerschweizer Zivilstandsämter
Klamydias	Les Klamydia's, Association pour la santé sexuelle des femmes qui aiment les femmes
KOKES	Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz KOKES Conférence en matière de protection des mineurs et des adultes COPMA Conferenza per la protezione dei minori e degli adulti COPMA
LOS	Lesbenorganisation Schweiz Organisation suisse des lesbiennes Organizzazione svizzera delle lesbiche
LSBK	Lesbische und Schwule Basiskirche Basel
mannebüro	mannebüro züri
NEK	Nationale Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin NEK Commission nationale d'éthique pour la médecine humaine CNE Commissione nazionale d'etica per la medicina CNE Swiss National Advisory Commission on Biomedical Ethics
network	Network – Gay Leadership

NGONG	NGO-Koordination post Beijing Schweiz Coordination post Beijing des ONG Suisses Coordinazione post Beijing delle ONG Svizzere Coordinaziun post Beijing dallas ONG Svizras NGO-Coordination post Beijing Switzerland
nonbinary.ch	
PH ZH	Pädagogische Hochschule Zürich
Pink Cross	Schweizer Dachverband der schwulen und bi Männer Fédération suisse des hommes gais et bi Federazione svizzera degli uomini gay e bi Federaziun svizra dals umens gay e bi
Romanescos	
selbstbestimmung.ch	
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB Union syndicale suisse USS Unione sindacale svizzera USS
SGS	Sexuelle Gesundheit Schweiz SGS Santé sexuelle Suisse SSS Salute sessuale Svizzera SSS
SKF	Schweizerischer Katholischer Frauenbund SKF Ligue suisse des femmes catholiques LSFC Unione svizzera delle donne cattoliche UVDC Uniun svizra da las dunnas catolicas USDC
SKG	Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten SKG Conférence Suisse des Délégué-e-s à l'Égalité entre Femmes et Hommes CSDE Conferenza Svizzera delle Delegate alla Parità fra Donne e Huomini CSP
SKJP	Schweizerische Vereinigung für Kinder- und Jugendpsychologie SKJP Association Suisse de Psychologie de l'Enfance et de l'Adolescence ASPEA Associazione Svizzera di psicologia dell'Età Evolutiva ASPEE Swiss Association for Child and Youth Psychology SACYP
SPGV	Schwerpunkt für Geschlechtervarianz am Universitätsspital Basel
SSV	Schweizerischer Städteverband SSV Union des villes suisses UVS Unione delle città svizzere UCS
SVAMV	Schweizerischer Verband alleinerziehender Mütter und Väter SVAMV Fédération suisse des familles monoparentales FSFM Federazione svizzera delle famiglie monoparentali FSFM
SVBB	Schweizerische Vereinigung der Berufsbeiständinnen und Berufsbeistände SVBB Association suisse des curatrices et curateurs professionnels ASCP Associazione svizzera delle curatrici e dei curatori professionali ASCP
SVZ	Schweizerischer Verband für Zivilstandswesen SVZ Association suisse des officiers de l'état civil ASEC Associazione svizzera degli ufficiali dello stato civile ASSC

Swiss Academies	Akademien der Wissenschaften Schweiz Académies suisses des sciences Accademie svizzere delle scienze Academias svizras da las ciencias Swiss Academies of Arts and Sciences
TdF	Terre des femmes
TG Europe et al.	Joint Comment by Transgender Europe, OII Europe and ILGA Europe
TGNS	Transgender Network Switzerland
Trakine	Trans-Kinder-Netze e.V.
Uni ZH	Universität Zürich, Dekanat der medizinischen Fakultät
VFG	VFG Freikirchen Schweiz
VSED	Verband Schweizerischer Einwohnerdienste VSED Association suisse des services des habitants ASSH Associazione svizzera dei servizi agli abitanti ASSA Associazion svizra dals servetschs als abitants ASSA
VUA	Vereinigung unabhängiger Ärztinnen, Ärzte und Medizinstudierender
Wybernet	Wybernet, Netzwerk lesbischer Berufsfrauen
Z&H	Z&H, LGBTQ* Students Zürich
ZHdK	Zürcher Hochschule der Künste, Rektorat
Zukunft CH	Stiftung Zukunft CH

Verzicht auf Stellungnahme

- Fachkonferenz Soziale Arbeit der FH Schweiz SASSA
- Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police CCDJP
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia CDDGP
- Schweizerischer Arbeitgeberverband
Union patronale suisse
Unione svizzera degli imprenditori
- Schweizerischer Nationalfonds
Fonds national suisse
Fondo nazionale svizzero